

öffentliche N I E D E R S C H R I F T
VERTEILER:

Körperschaft : Stadt Norderstedt	
Gremium : Hauptausschuss, HA/079/ IX	
Sitzung am : 10.09.2007	
Sitzungsort : Sitzungsraum 2 Rathausallee 50, 22846 Norderstedt	
Sitzungsbeginn : 18:15 n	Sitzungsende : 20:00

Öffentliche Sitzung
Es folgte eine nichtöffentliche Sitzung

Das Ergebnis der Beratung ergibt sich aus den Anlagen, die Bestandteil dieser Niederschrift sind.

Genehmigt und wie folgt unterschrieben:

Vorsitzende/r : gez. Günther Nicolai
 Schriftführer/in : gez.

TEILNEHMERVERZEICHNIS

Körperschaft	: Stadt Norderstedt
Gremium	: Hauptausschuss
Sitzungsdatum	: 10.09.2007

Sitzungsteilnehmer

Vorsitz

Nicolai, Günther

Teilnehmer

Algier, Ute
Behr, Peter
Berg, Arne - Michael
Grote, Hans-Joachim
Hagemann, Holger-W.
Hahn, Sybille
Lange, Jürgen
Limbacher, Manfred
Matthes, Uwe
Paschen, Herbert
Paustenbach, Johannes
Reinders, Anette

für Herrn Schlichtkrull

Oberbürgermeister

sonstige

Jach, Edith
Paschen, Charlotte

Seniorenbeirat
Stadtpräsidentin

Verwaltung

Becker, Siegfried
Bosse, Thomas
Fischer, Nina
Kriese, Tobias
Langhanki, Kristin
Meyer, Claudia
Rapude, Jens
Rickers, Holger
Seyferth, Joachim
Thormählen, Torsten
Zug, Rainhard

Amt 10
Zweiter Stadtrat
Amt 68
Amt 20
ABt. 102, Protokoll
Amt 16
Abt. 103
Amt 68
Amt 37
Stadtrat Dezernat IV
Amt 14

Entschuldigt fehlten

Schlichtkrull, Rainer

3
VERZEICHNIS DER
TAGESORDNUNGSPUNKTE

Körperschaft	: Stadt Norderstedt
Gremium	: Hauptausschuss
Sitzungsdatum	: 10.09.2007

Öffentliche Sitzung

TOP 1 :

Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

TOP 2 :

Beratung und Beschlussfassung zur Tagesordnung

TOP 3 :

Einwohnerfragestunde

TOP 4 : B 07/0336

Entsendung eines Aufsichtsratsmitgliedes der Mehrzwecksäle Norderstedt GmbH

TOP 5 : M 07/0314

Halbjahresbericht 1.2007 des Amtes 16

TOP 6 : B 07/0315

Haushalt 2008/2009; Stellenplan und Teilbudget des Amtes 16

TOP 7 : B 07/0332

Haushalt 2008/2009; Stellenplan und Teilbudget des Amtes 14

TOP 8 : B 07/0328

Haushalt 2008/2009; Stellenplan und Teilbudget des Amtes 37

TOP 9 : B 07/0275

Haushalt 2008/2009; Stellenplan und Teilbudget der Gremien, Dezernenten und des Amtes 10

TOP 10 :

Berichte und Anfragen - öffentlich

TOP 10.1 M 07/0342

:

Bericht der Verwaltung - Zinsmanagement

TOP 10.2 M 07/0359

:

Bericht der Oberbürgermeisters - Kinder- und Jugendbeirat

TOP 10.3

:

Bericht des Oberbürgermeisters - Beschlusskontrolle

TOP 10.4

:

Bericht des Oberbürgermeisters - Volkstrauertag

TOP 10.5

:

Bericht des Oberbürgermeisters - Anfrage Frau Reinders, Umbaumaßnahmen

TOP 10.6

:

Bericht des Oberbürgermeisters - Kosten- und Leistungsrechnung, Anfrage Frau Hahn

TOP 10.7

:

Bericht des Oberbürgermeisters - Investitionsmaßnahmen, Anfrage Frau Hahn

TOP 10.8

:

Bericht des Oberbürgermeisters - PostPoint Falkenbergstraße

Nichtöffentliche Sitzung

TOP 11 :

Berichte und Anfragen - nicht öffentlich

TOP 11.1

:

Bericht des Oberbürgermeisters - Gesellschafterversammlung

TAGESORDNUNGSPUNKTE

Körperschaft	: Stadt Norderstedt
Gremium	: Hauptausschuss
Sitzungsdatum	: 10.09.2007

TOP 1: Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende Herr Nicolai begrüßt die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit bei derzeit 12 stimmberechtigten Mitgliedern.

TOP 2: Beratung und Beschlussfassung zur Tagesordnung

Abstimmung:
Die vorliegende Tagesordnung wird einstimmig beschlossen.

TOP 3: Einwohnerfragestunde

Keine Fragen.

TOP 4: B 07/0336 Entsendung eines Aufsichtsratsmitgliedes der Mehrzwecksäle Norderstedt GmbH

Herr Hagemann schlägt für die CDU – Fraktion Herrn Joachim Murmann vor.

Herr Paustenbach schlägt für die SPD – Fraktion Frau Sybille Hahn vor.

Beschluss

Die Gesellschafterversammlung wird gem. § 7 des Gesellschaftsvertrages gebeten, als neues Mitglied

Joachim Herrn Murmann

zu bestellen.

Abstimmung:

- über den Vorschlag der CDU – Fraktion: bei 7 Ja- und 5 Nein-Stimmen mehrheitlich angenommen.

- über den Vorschlag der SPD – Fraktion: entfällt.

**TOP 5: M 07/0314
Halbjahresbericht 1.2007 des Amtes 16**

Frau Meyer erläutert die Vorlage und gibt Hinweise zu den Schlagzeilen im Bericht. Fragen der Mitglieder werden beantwortet.

Der Halbjahresbericht 1.2007 des Amtes 16 wird vom Ausschuss zur Kenntnis genommen.

**TOP 6: B 07/0315
Haushalt 2008/2009; Stellenplan und Teilbudget des Amtes 16**

Fragen der Mitglieder werden beantwortet.

Beschluss

Der Hauptausschuss beschließt

1. die in der beigefügten Liste aufgeführten Stellenplanveränderungen für den Stellenplan 2008/2009 gegenüber dem Stellenplan 2006/2007;
2. gemäß des als Anlage beigefügten Fachbereichsbudgets des Amtes 16;
 - 2.1 die Ansätze des Verwaltungshaushaltes und der Finanzplanung für den Grundhaushalt 2008/2009.

Erhöhung der Ansätze bei der Haushaltsstelle 0550.414100 um jeweils 6.000 € auf 87.000 € zur Deckung der Mehraufwendungen nach Ausweisung der Planstelle 16.1 als Vollzeitstelle.

Abstimmung:

Bei 10 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme sowie 1 Enthaltung mehrheitlich angenommen.

**TOP 7: B 07/0332
Haushalt 2008/2009; Stellenplan und Teilbudget des Amtes 14**

Beschluss

Der Hauptausschuss beschließt:

1. gemäß des als Anlage beigefügten Fachbereichsbudget Rechnungsprüfungsamt die Ansätze des Verwaltungshaushaltes und der Finanzplanung für den Grundhaushalt 2008/2009.

Abstimmung:

Bei 12 Ja-Stimmen einstimmig angenommen.

TOP 8: B 07/0328
Haushalt 2008/2009; Stellenplan und Teilbudget des Amtes 37

Frau Reinders bittet um eine Darstellung zur Entwicklung der Amtsleiterstelle in den letzten 5 Jahren.

Es wird verwaltungsseitig vorgeschlagen, bei der Haushaltsstelle 14000.511000 (Schutzraum) einen Sperrvermerk anzubringen.

In diesem Zusammenhang wird Herr Oberbürgermeister Grote beauftragt mit dem Innenministerium zu verhandeln, dass die Schutzraumfunktion der Tiefgarage aufgegeben wird.

Beschluss

Der Hauptausschuss beschließt,

1. die in der beigefügten Liste aufgeführten Stellenplanveränderungen für den Stellenplan 2008/2009 gegenüber dem Stellenplan 2006/2007;
2. gemäß des als Anlage beigefügten Fachbereichsbudget des Amtes 37;
 - 2.1 die Ansätze des Verwaltungshaushaltes und der Finanzplanung für den Grundhaushalt 2008/2009

mit folgenden Änderungen:

Haushaltsstelle 1300.41400

	Alter Ansatz	Neuer Ansatz
2008	952.900	992.700
2009	952.900	992.700
2010	952.900	992.700
2011	952.900	992.700
2012	952.900	992.700

Haushaltsstelle 1300.43400

	Alter Ansatz	Neuer Ansatz
--	--------------	--------------

2008	74.300	77.600
2009	74.300	77.600
2010	74.300	77.600
2011	74.300	77.600
2012	74.300	77.600

Haushaltsstelle 1300.44400

	Alter Ansatz	Neuer Ansatz
2008	210.400	221.200
2009	210.400	221.200
2010	210.400	221.200
2011	210.400	221.200
2012	210.400	221.200

Haushaltsstelle 1300.679400

	Alter Ansatz	Neuer Ansatz
2009	43.000	44.600
2010	43.500	44.600
2011	43.500	44.600
2012	43.500	44.600

2.2 die Ansätze des Vermögenshaushaltes für den Grundhaushalt 2008/2009

mit folgenden Änderungen:

Haushaltsstelle 1300.935000

Verpflichtungsermächtigung

Betrag: 450.000, kassenwirksam im Jahr 2010

2.3 die Ansätze des Investitionsprogramms für den Grundhaushalt 2008/2009.

Abstimmung einschließlich der vorstehend genannten Änderung:

Bei 11 Ja-, 0 Nein-Stimmen sowie 1 Enthaltung einstimmig angenommen.

TOP 9: B 07/0275

Haushalt 2008/2009; Stellenplan und Teilbudget der Gremien, Dezernenten und des Amtes 10

Die Verwaltung weist darauf hin, dass bei der Haushaltsstelle 0200.661100 eine Erhöhung um € 8.500,00 aufgrund des vorgesehenen Beitritts zu „Holsteins Herz“ notwendig ist.

Fragen der Mitglieder werden beantwortet.

Beschluss

Der Hauptausschuss beschließt:

1. die in der beigefügten Liste aufgeführten Stellenplanveränderungen für den Stellenplan 2008/2009 gegenüber dem Stellenplan 2006/2007
2. gemäß des als **Anlage 4** beigefügten Fachbereichsbudget **Gremien** die Ansätze des Verwaltungshaushaltes und der Finanzplanung für den Grundhaushalt 2008/2009
3. gemäß des als **Anlage 5** beigefügten Fachbereichsbudget **Dezernenten** die Ansätze des Verwaltungshaushaltes und der Finanzplanung für den Grundhaushalt 2008/2009
4. gemäß des als **Anlage 6** beigefügten Fachbereichsbudget **Hauptamt**
 - 4.1 die Ansätze des Verwaltungshaushaltes und der Finanzplanung für den Grundhaushalt 2008/2009
 - 4.2 die Ansätze des Vermögenshaushaltes für den Grundhaushalt 2008/2009 mit folgenden Änderungen:
zusätzliche Aufnahme der Mittel für
HhSt. 0610.(...) Rathaus, Technikzentralen VHS in Höhe von 40.000 € (2008) und 35.000 € (2009)
sowie
HhSt. 0610.(...) Rathaus/Tribühne RLT-Anlage Restaurant in Höhe von 40.000 € (2008) und
HhSt. 0600.9350 Beschaffung bewegliches Vermögen / EDV in Höhe von 20.000 € (2008)
sowie Reduzierung der Mittel für
HhSt. 0600.9350 Beschaffung bewegliches Vermögen / EDV in Höhe von 20.000 € (2009)
 - 4.3 die Ansätze des Investitionsprogramms für den Grundhaushalt 2008/2009

Abstimmung einschließlich der vorstehend genannten Änderung:

Bei 7 Ja-, 4 Nein-Stimmen sowie 1 Enthaltung mehrheitlich angenommen.

TOP 10:

Berichte und Anfragen - öffentlich

TOP M 07/0342

10.1:

Bericht der Verwaltung - Zinsmanagement

Sachverhalt

Rahmenbedingungen

Im Laufe des Jahres 2006 und in 2007 hat sich das Konjunkturklima in Deutschland und Europa deutlich verbessert.

Die konjunkturelle Erholung, das Geldmengenwachstum und Inflationsrisiken wirkten sich u.a. auf die Zinspolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) aus.

Als Reaktion auf diese Entwicklungen hat die EZB den Leitzins in Stufen auf nunmehr 4 % angehoben (**Anlage 1**), mit einer weiteren Erhöhung des Leitzinses wurde bislang gerechnet.

Die Finanz- und Immobilienkrise in den USA hat in jüngster Zeit auch zu Auswirkungen auf dem europäischen Finanzmarkt geführt (Bericht HA 27.08.2007), eine Verknappung kurzfristiger Kredite war die Folge mit deutlich gestiegenen Kreditzinsen im kurzfristigen Bereich.

In Anbetracht dieser Entwicklungen ist bei Analysten fraglich, wie die weitere Entwicklung der Zinspolitik der EZB sein wird.

Zinssicherungsinstrumente

Mit Beschluss der Stadtvertretung vom 10.10.2006 wurde es der Verwaltung ermöglicht, Zinssicherungsinstrumente einzusetzen.

In der Vergangenheit war der Einsatz von Zinssicherungsinstrumenten bei Kommunen durch Berichterstattungen in den Medien in ein negatives Licht gerückt worden.

Bei den dort vorgestellten Fällen resultierten die Probleme nach hiesigen Erkenntnissen aus der allgemeinen Zinsentwicklung in Verbindung mit den von den Kommunen abgeschlossenen Derivaten.

So haben z.B. Kommunen versucht, bei ihren langfristigen Krediten durch Abschluss von Derivaten von dem deutlich niedrigeren Zinsniveau für kurzfristige Kredite zu profitieren.

Der deutliche Zinsanstieg seit 2006 kann dann in Verbindung mit einer unzulänglichen Absicherung zu Zins- bzw. Haushaltsbelastungen führen.

Bei der Stadt Norderstedt wurden keine vergleichbaren Derivate abgeschlossen. Bei den zum Einsatz kommenden Derivaten handelt es sich ausschließlich um sog. Zinscaps (Zinsversicherungen).

Zinscaps

Bei der Stadt wurden zur Reduzierung der Zinsbelastung und zur Eröffnung einer Tilgungsoption drei Kredite mit einem variablen Zins abgeschlossen.

Eine variable Finanzierung beinhaltet das Risiko steigender Zinsen. Die Leitzinserhöhung der EZB verdeutlicht dies anschaulich.

Um dieses Risiko zu minimieren wurden Zinscaps für die drei Kredite abgeschlossen, um die Zinsbelastung nicht über das Niveau einer vergleichbaren langfristigen Finanzierung steigen zu lassen.

Die Prämien dieser Zinscaps betragen für eine Laufzeit von 5 Jahren und einer abgesicherten Zinsobergrenze von 5 % einmalig zwischen 0,4% und 0,9% der abgesicherten Kredithöhe.

Die o.g. Finanzkrise hat gezeigt, dass ein binnen kürzester Zeit drastische Zinsenerhöhungen eintreten können. Insoweit stellen Zinscaps ein gutes Mittel zur Risikominimierung dar.

Entwicklung im Portfolio

Anlage 2

Die Übersicht über die Zinsbindungsläufe veranschaulicht in welchen Jahren mit Zinsänderungsrisiken zu rechnen ist. Zielsetzung war es ein Glättung dieser Risiken zu erreichen. Dies konnte auch bis zum Jahr 2015 realisiert werden.

Die durchschnittliche gewichtete Zinsbindungsdauer liegt bei 7,9 Jahren. Lange Zinsbindungsdauern sind insbesondere bei Sonderfinanzierungen aus Landesmitteln oder

Kreismitteln der Fall. Kreditmarktdarlehen wurden bislang mit einer Zinsbindung von 10 Jahren abgeschlossen.

Zum Zeitpunkt der Berichterstellung wurde ein „Marktzins“ von rund 4,8 % als Referenzgröße angenommen. Dieser Wert unterliegt einer ständigen Änderung und soll daher nur als Referenzwert dienen.

Vom Gesamtkreditbestand werden z.Zt. rund 67 % mit einem Kreditzins bis zu 4,5 % verzinst, die verbleibenden rund 33 % mit einem Kreditzins bis zu 6 %.

Bei den Krediten mit einem höheren Zinssatz handelt es sich um Abschlüsse aus einer Hochzinsphase die in den nächsten Jahren zur Umschuldung anstehen.

Insgesamt ist das Zinsniveau im Portfolio positiv zu bewerten.

Ausblick

Trotz der Finanzkrise wird die Konjunktorentwicklung in Deutschland und Europa seitens der Analysten als robust bezeichnet.

Unter Berücksichtigung der Leitzinsanhebungen durch die EZB und den in der Vergangenheit angekündigten weiteren Zinsschritten ist für die Zukunft tendenziell mit einem Anstieg der Kreditzinsen im Kurzfrist- und Langfristbereich zu rechnen.

Genauere Prognosen werden z.Zt. aufgrund der Finanzkrise von den Analysten nicht abgegeben.

Zielsetzung des Zinsmanagements bleibt es weiterhin, Risiken zu minimieren und das Kreditportfolio in den Bereichen Tilgungsflexibilisierung, Durchschnittzinssatz und Zinsbindungen zu optimieren.

TOP M 07/0359

10.2:

Bericht der Oberbürgermeisters - Kinder- und Jugendbeirat

Sachverhalt

In der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 30.08.07 sowie im Hauptausschuss am 11.06.07 wurde nach dem Sachstand der Satzung für den Kinder- und Jugendbeirat gefragt bzw. die Frage aufgeworfen, ob die Umsetzung eines Rede- und Antragsrechtes für den Kinder- und Jugendbeirat herausgelöst und vorrangig vor der Beschlussfassung über die Satzung realisiert werden kann.

Hierzu ist folgendes festzuhalten:

Die Rede- und Antragsrechte stehen nur einem durch Satzung errichteten Beirat zu. Damit stehen Satzung und Rede- und Antragsrecht in einem notwendigen Zusammenhang. Mit anderen Worten: Nur ein durch Satzung errichteter Beirat kann Rede- und Antragsrechte haben.

Die Verwaltung arbeitet derzeit an einem Satzungsentwurf, welcher unter Beibehaltung der inhaltlichen Ziele (Rede- und Antragsrecht etc.) die rechtlichen Probleme bewältigt.

Nach dem Bearbeitungsstand (Satzung abgestimmt; Richtlinie noch zu überarbeiten) kann davon ausgegangen werden, daß rechtzeitig vor Ablauf der Wahlzeit der jetzt tätigen Kinder- und Jugendbeiräte (10.02.08) die Beratung und Beschlussfassung in den Gremien erfolgen kann.

Inhaltlich sollen die bisherigen Regionalbeiräte –nach umfassender Überarbeitung der entsprechenden Richtlinie – weiter bestehen, um einen regionalen Bezug der Beiratsarbeit zu gewährleisten und die bekannten Strukturen des Wahlverfahrens beizubehalten. Aus diesen Regionalbeiräten heraus sollen dann gewählte und vorgeschlagene Regionalbeiratsmitglieder zusammengefasst den Gesamtbeirat (Satzungsbeirat) bilden, welcher von der Stadtvertretung bestätigt/ gewählt wird.

Unabhängig von den noch notwendigen Schritten zur Vervollständigung einer Satzung bzw. Richtlinie, beginnt die Koordinatorin für Kinder- und Jugendbeiräte bereits jetzt mit den Vorbereitungen für die Kinder- und Jugendbeiratswahlen auf der Basis der bestehenden Richtlinie.

Beschluss:

TOP

10.3:

Bericht des Oberbürgermeisters - Beschlusskontrolle

Eine Übersicht der noch offenen Anfragen aus dem Hauptausschuss wird als **Anlage 3** zu Protokoll gegeben.

TOP

10.4:

Bericht des Oberbürgermeisters - Volkstrauertag

Eine Veranstaltungsübersicht zum Volkstrauertag am 18.11.2007 wird als **Anlage 4** zu Protokoll gegeben. Eine Rückmeldung zur Teilnahme wird auf der Liste bis zum 02.11.2007 erbeten.

TOP

10.5:

Bericht des Oberbürgermeisters - Anfrage Frau Reinders, Umbaumaßnahmen

Frau Reinders fragte in der Sitzung des Hauptausschusses vom 27.08.2007, aus welchen Mitteln die umfangreichen Umbauten für das Büro und Vorzimmer im 1. Stock und die Möblierung bezahlt wurden.

Antwort: Die Umbaumaßnahmen wurden aus der Haushaltsstelle 0600.5000 – Bauunterhalt Rathaus – bezahlt.

Die Möblierung wurde von der Gemeinde Ellerau überlassen.

TOP

10.6:

Bericht des Oberbürgermeisters - Kosten- und Leistungsrechnung, Anfrage Frau Hahn

Herr Oberbürgermeister Grote gibt die **Anlage 5** zu Protokoll.

TOP

10.7:

Bericht des Oberbürgermeisters - Investitionsmaßnahmen, Anfrage Frau Hahn

Herr Oberbürgermeister Grote gibt die **Anlage 6** zu Protokoll.

TOP

10.8:

Bericht des Oberbürgermeisters - PostPoint Falkenbergstraße

Herr Oberbürgermeister Grote berichtet zur Eröffnung eines neuen PostPoints der Deutschen Post in den Geschäftsräumen des Fotogeschäfts Falkenbergstr. 1-3 am 19.10.2007. Die **Anlage 7** wird zu Protokoll gegeben.